Mündlicher Bericht

des Ausschusses für Fragen der Jugendfürsorge
(33. Ausschuß)

über den Entwurf eines Gesetzes über den Vertrieb
jugendgefährdender Schriften
- Nr. 1101 der Drucksachen -

Berichterstatter:
Abgeordnete Frau Niggemeyer

Antrag des Ausschusses:

Der Bundestag wolle beschließen,
dem Gesetzentwurf in der anliegenden Fassung zuzustimmen.

Bonn, den 11. Juli 1952

Der Ausschuß für Fragen der Jugendfürsorge

Kemmer
Vorsitzender

Frau Niggemeyer
Berichterstatter

Entwurf eines Gesetzes

über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Zum Schutz der heranwachsenden Jugend werden die im Grundgesetz Artikel 5 Absatz 1 genannten Grundrechte folgenden Beschränkungen unterworfen:

ERSTER ABSCHNITT

Jugendgefährdende Schriften

§ 1

(1) Schriften, die geeignet sind, Jugendliche sittlich zu gefährden, sind in eine Liste aufzunehmen. Dazu zählen vor allem unsittliche sowie Verbrechen, Krieg und Rassenhaß verherrlichende Schriften. Die Aufnahme ist bekanntzumachen.

(2) Eine Schrift darf nicht in die Liste aufgenommen werden

1. allein wegen ihres politischen, sozialen, religiösen oder weltanschaulichen Inhalts;
2. wenn sie der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre dient;
3. wenn sie im öffentlichen Interesse liegt, es sei denn, daß die Art der Darstellung zu beanstanden ist.

(3) Abbildungen sind Schriften im Sinne dieses Gesetzes gleichzustellen.

§ 2

(1) In Fällen von geringer Bedeutung kann davon abgesehen werden, die Schrift in die Liste aufzunehmen.

(2) Ist eine Schrift inhaltlich ganz oder im wesentlichen eine Neuauflage einer bereits in die Liste aufgenommenen Schrift, so steht sie einer solchen gleich.

§ 3

Eine Schrift darf, sobald ihre Aufnahme in die Liste bekanntgemacht ist, einem Jugendlichen unter achtzehn Jahren nicht feilgeboten oder zugänglich gemacht werden.

§ 4

(1) Eine Schrift, deren Aufnahme in die Liste bekanntgemacht ist, darf weder durch Händler außerhalb von Geschäftsräumen noch durch Reisende von Haus zu Haus vertrieben, verbreitet oder verliehen werden. Eine Verkaufsstelle, die der Kunde nicht zu betreten pflegt, gilt nicht als Geschäftsraum im Sinne dieses Gesetzes.

(2) Verleger oder Zwischenhändler dürfen eine solche Schrift nicht an die in Absatz 1 bezeichneten Personen vertreiben.

§ 5

(1) Bei geschäftlicher Werbung darf nicht darauf hingewiesen werden, daß ein Verfahren zur Aufnahme einer Schrift in die Liste anhängig ist oder gewesen ist.

(2) Nach Bekanntmachung ist eine geschäftliche Werbung durch Auslegen oder Aushängen der Schrift im Schaufenster, innerhalb eines Verkaufsraumes oder an anderen allgemein zugänglichen Orten, durch Reklame oder Anzeigen, Postwurfsendungen oder andersartige Übermittlung von Werbematerial untersagt. Anzeigen in Fachblättern des Buchhandels sind zulässig.

§ 6

(1) Schriften, die Jugendliche offensichtlich sittlich schwer gefährden, unterliegen den Beschränkungen der §§ 3 bis 5, ohne daß es einer Aufnahme in die Liste und einer Bekanntmachung bedarf.

(2) Das gleiche gilt für Schriften, die durch Bild für Nacktkultur werben.

§ 7

Eine periodische Druckschrift kann auf die Dauer von drei bis zwölf Monaten in die Liste aufgenommen werden, wenn innerhalb von zwölf Monaten mehr als zwei ihrer Nummern in die Liste aufgenommen worden sind. Dies gilt nicht für Tageszeitungen und politische Zeitschriften.

ZWEITER ABSCHNITT

Prüfstellen

§ 8

(1) Zur Durchführung der Aufgaben dieses Gesetzes werden Landesprüfstellen und eine Bundesprüfstelle errichtet.

(2) Die Länder bestimmen den Sitz der Landesprüfstellen. Mehrere Länder können eine gemeinsame Landesprüfstelle errichten.

(3) Die Bundesregierung bestimmt den Sitz der Bundesprüfstelle durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates.

(4) Die Kosten der Errichtung und der Verfahren der Landesprüfstellen fallen den Ländern, die der Bundesprüfstelle dem Bund zu.

§ 9

(1) Die Landesprüfstellen bestehen aus einem Vorsitzenden und Beisitzern, die von der Obersten Landesbehörde ernannt werden.

(2) Die Beisitzer sind den Kreisen

1. der Kunst,
 2. der Literatur,
 3. des Buchhandels,
 4. der Verlegerschaft,
 5. der Jugendverbände,
 6. der Jugendwohlfahrt,
 7. der Lehrerschaft und
 8. der Kirchen, der jüdischen Kultusgemeinden und anderer Religionsgemeinschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind,
- auf Vorschlag der genannten Gruppen zu entnehmen.

(3) Die Landesprüfstellen entscheiden in der Besetzung von neun Mitgliedern, die aus dem Vorsitzenden und je einem Beisitzer aus den vorgenannten Gruppen bestehen.

(4) Der Vorsitzende und die Beisitzer werden auf die Dauer von drei Jahren bestimmt. Sie können von der Obersten Landesbehörde vorzeitig abberufen werden, wenn sie der Verpflichtung zur Mitarbeit in der Landesprüfstelle nicht nachkommen.

(5) Die Landesprüfstellen werden nur auf Antrag tätig. Die Länder bestimmen, wer antragsberechtigt ist.

§ 10

(1) Die Bundesprüfstelle besteht aus einem von Bundesminister des Innern ernannten Vorsitzenden, sechs vom Bundesrat gewählten und weiteren vom Bundesminister des Innern ernannten Beisitzern.

(2) Für die zu ernennenden Beisitzer gilt § 9 Abs. 2 entsprechend.

(3) Die Bundesprüfstelle entscheidet in der Besetzung von zwölf Mitgliedern, die aus dem Vorsitzenden, drei vom Bundesrat gewählten Beisitzern und je einem Beisitzer aus den in § 9 Abs. 2 genannten Gruppen bestehen.

(4) Der Vorsitzende und die Beisitzer werden auf die Dauer von drei Jahren bestimmt. Sie können von der Stelle, die sie bestimmt hat, vorzeitig abberufen werden, wenn sie der Verpflichtung zur Mitarbeit in der Bundesprüfstelle nicht nachkommen.

§ 11

Die Mitglieder der Prüfstellen sind nicht an Weisungen gebunden.

DRITTER ABSCHNITT

Zuständigkeit

§ 12

(1) Über die Aufnahme in die Liste entscheidet die Landesprüfstelle.

(2) Über Beschwerden gegen die Entscheidungen der Landesprüfstelle entscheidet die Bundesprüfstelle.

(3) In Fällen von grundsätzlicher Bedeutung kann die Landesprüfstelle die Entscheidung an die Bundesprüfstelle abgeben.

§ 13

(1) Zuständig zur Entscheidung ist jede Landesprüfstelle, in deren Land die beanstandete Schrift verlegt, verbreitet oder verliehen wird.

(2) Liegen bei mehreren Landesprüfstellen Anträge wegen der gleichen Schrift vor, so ist für die Entscheidung nur die Landesprüfstelle zuständig, bei welcher zuerst ein Antrag eingegangen ist.

(3) Sind mehrere Anträge bei verschiedenen Landesprüfstellen gleichzeitig eingegangen, so wird die zuständige Landesprüfstelle von der Bundesprüfstelle bestimmt.

VIERTER ABSCHNITT

Verfahren

1. Allgemeine Verfahrensvorschriften

§ 14

Dem Verleger und dem Verfasser der Schrift ist, soweit möglich, in dem Verfahren vor den Prüfstellen Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

§ 15

Zur Anordnung der Aufnahme in die Liste oder zur Bestätigung einer solchen Anordnung im Beschwerdeverfahren bedarf es einer Zweidrittelmehrheit.

§ 16

- (1) Die Entscheidungen der Prüfstellen sind
1. dem Bundesminister des Innern oder einer von ihm ermächtigten Stelle,
 2. jedem Land, vertreten durch die landesrechtlich bestimmte Stelle,
 3. solchen Stellen, die in anderen Ländern Anträge für die gleiche Schrift gestellt haben (§ 17 Abs. 2),
 4. soweit möglich, dem Verleger und Verfasser der Schrift und
 5. anderen am Verfahren beteiligten Behörden, Verbänden und Personen zuzustellen.

(2) Die Begründung ist beizufügen oder innerhalb einer Woche durch Zustellung nachzureichen.

2. Verfahren der Landesprüfstelle;

Zusammenarbeit mit der Bundesprüfstelle

§ 17

(1) Die Landesprüfstelle hat den Vorsitzenden der Bundesprüfstelle unverzüglich von jedem eingehenden Antrag zu verständigen; dabei ist anzugeben, wer den Antrag gestellt hat und an welchem Tage und zu welcher Stunde der Antrag eingegangen ist.

(2) Sind mehrere Verfahren wegen der gleichen Schrift anhängig, so hat der Vorsitzende der Bundesprüfstelle die gemäß § 13 Abs. 2 unzuständigen Landesprüfstellen sofort zu benachrichtigen. Er hat ferner der zuständigen Landesprüfstelle mitzuteilen, welche Stellen in anderen Ländern Anträge für die gleiche Schrift gestellt haben.

(3) Im Falle des § 13 Abs. 3 hat die Bundesprüfstelle die zuständige Landesprüfstelle unverzüglich zu bestimmen. Der Vorsitzende der Bundesprüfstelle hat die danach unzuständigen Landesprüfstellen sofort zu benachrichtigen. Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(4) Der Vorsitzende jeder unzuständigen Landesprüfstelle stellt das Verfahren nach Eingang der Benachrichtigung ein. Ist eine Entscheidung vorher ergangen, so ist sie mit Ausnahme einer einstweiligen Anordnung nach § 18 wirkungslos.

§ 18

(1) Jede Landesprüfstelle, bei der ein Antrag eingeht, kann die Aufnahme einer Schrift in die Liste einstweilig anordnen, wenn die Voraussetzungen des § 1 offenbar gegeben sind und die Gefahr besteht, daß die Schrift kurzfristig in großem Umfange vertrieben wird.

(2) Die einstweilige Anordnung wird von dem Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern einstimmig erlassen. Ein Mitglied muß einer der in § 9 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 genannten Gruppen angehören.

(3) Die Landesprüfstelle kann die einstweilige Anordnung wieder aufheben, solange nicht Beschwerde eingelegt wird.

(4) Die einstweilige Anordnung tritt außer Kraft:

1. nach Ablauf eines Monats seit der Bekanntmachung für das Landesgebiet,

2. wenn eine Entscheidung der zuständigen Landesprüfstelle (§ 13) über die Schrift für das Bundesgebiet bekanntgemacht wird.

(5) Der Vorsitzende der Landesprüfstelle hat die einstweilige Anordnung sofort für das Landesgebiet bekanntzumachen; mit der Bekanntmachung gilt die Schrift für den Bereich des Landes als in die Liste aufgenommen. Die Aufhebung der einstweiligen Anordnung ist in der gleichen Weise bekanntzumachen.

§ 19

Die Landesprüfstelle hat ihre Entscheidungen unverzüglich dem Vorsitzenden der Bundesprüfstelle mitzuteilen.

3. Beschwerdeverfahren

§ 20

(1) Gegen eine Entscheidung der Landesprüfstelle kann Beschwerde eingelegt werden:

1. von den in § 16 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 genannten Behörden, Verbänden und Personen,
2. von den gemäß § 9 Abs. 5 Satz 2 Antragsberechtigten und
3. von sonstigen Personen, die durch die Entscheidung der Landesprüfstelle in ihren gewerblichen Rechten beeinträchtigt werden.

(2) Die Beschwerdefrist beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Zustellung der Entscheidung oder, wenn die Begründung der Entscheidung nachgereicht worden ist, mit der Zustellung der Begründung. Soweit eine Zustellung durch dieses Gesetz nicht vorgeschrieben ist, beginnt die Beschwerdefrist mit der Bekanntmachung für das Bundesgebiet.

§ 21

(1) Die Beschwerde ist schriftlich bei der Landesprüfstelle einzulegen. Sie ist mit den Sachunterlagen unverzüglich der Bundesprüfstelle zuzuleiten.

(2) In dringenden Fällen kann die Beschwerde auch bei der Bundesprüfstelle eingelegt werden. Die Einlegung der Beschwerde bei der Bundesprüfstelle genügt zur Wahrung der Frist, auch wenn der Fall nicht für dringlich erachtet wird.

(3) Durch die Einlegung der Beschwerde wird der Vollzug der angefochtenen Entscheidung nicht gehemmt. Liegen die Voraussetzungen des § 1 offenbar nicht vor, so kann

die Bundesprüfstelle einstweilig anordnen, daß die Aufnahme der Schrift in die Liste unterbleibt oder daß die bereits aufgenommene Schrift von der Liste gestrichen wird. Die einstweilige Anordnung wird von dem Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern einstimmig erlassen. Ein Mitglied muß einer der in § 9 Abs. 2 Nr. 5 bis 8 genannten Gruppen angehören.

(4) Ist gegen die einstweilige Anordnung einer Landesprüfstelle Beschwerde eingelegt, so entscheidet die Bundesprüfstelle einstimmig durch den Vorsitzenden und zwei weitere Mitglieder. § 18 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend. Die Entscheidung ist der Landesprüfstelle unverzüglich mitzuteilen.

(5) Die Landesprüfstelle ist zu einer Abänderung ihrer durch die Beschwerde angefochtenen Entscheidung nicht befugt.

§ 22

Hat der Verleger oder der Verfasser der Schrift oder eine der in § 20 Abs. 1 Nr. 3 genannten Personen Beschwerde eingelegt, so trägt der Beschwerdeführer die Kosten des Verfahrens der Bundesprüfstelle, wenn die Beschwerde zurückgewiesen wird.

4. Führung der Liste

§ 23

Die Liste wird von dem Vorsitzenden der Bundesprüfstelle geführt.

§ 24

(1) Eine Schrift ist gemäß der Entscheidung der zuständigen Landesprüfstelle (§ 13) oder der Bundesprüfstelle unverzüglich in die Liste aufzunehmen oder von ihr zu streichen.

(2) Ist die Aufnahme einer Schrift in die Liste von der zuständigen Landesprüfstelle einstweilig angeordnet, so erfolgt die Aufnahme mit dem Hinweis, daß sie einen Monat nach Bekanntmachung der einstweiligen Anordnung im Landesgebiet gegenstandslos wird. Ergeht vor Ablauf dieser Frist eine Entscheidung der zuständigen Landesprüfstelle, durch die die Anordnung zur Aufnahme der Schrift in die Liste abgelehnt wird, so ist die Schrift unverzüglich von der Liste zu streichen.

§ 25

(1) Wird eine Schrift in der rechtskräftigen Entscheidung eines Gerichts für unzüchtig im Sinne des § 184 des Strafgesetzbuchs oder für

schamlos im Sinne des § 184 a des Strafgesetzbuchs erklärt, so ist sie unter Hinweis auf das gerichtliche Urteil in die Liste aufzunehmen.

(2) Werden widersprechende gerichtliche Entscheidungen über dieselbe Schrift bekannt, so hat der Vorsitzende die Entscheidung der Bundesprüfstelle herbeizuführen.

5. B e k a n n t m a c h u n g e n

§ 26

(1) Wird eine Schrift in die Liste aufgenommen oder von ihr gestrichen, so ist dies unter Hinweis auf die zugrundeliegende Entscheidung für das Bundesgebiet bekanntzumachen.

(2) Entscheidungen der Landesprüfstellen und der Bundesprüfstelle, durch die die Anordnung zur Aufnahme einer Schrift in die Liste abgelehnt wird, sind ohne Mitteilung der Begründung für das Bundesgebiet bekanntzumachen, wenn sie keine Eintragung in die Liste zur Folge haben.

(3) Die Bekanntmachungen für das Bundesgebiet erfolgen im Bundesanzeiger.

FÜNFTER ABSCHNITT

Rechtsweg

§ 27

(1) Gegen die Entscheidung der Bundesprüfstelle ist die Anfechtungsklage beim Bundesverwaltungsgericht zulässig. Die Klage ist innerhalb eines Monats nach Zustellung der Entscheidung oder, wenn eine Zustellung durch dieses Gesetz nicht vorgeschrieben ist, nach der Bekanntmachung für das Bundesgebiet gegen den Bund, vertreten durch die Bundesprüfstelle, zu erheben.

(2) Gegen die Entscheidungen der Landesprüfstellen ist die Klage vor den Verwaltungsgerichten ausgeschlossen.

SECHSTER ABSCHNITT

Strafvorschriften

§ 28

(1) Wer vorsätzlich den §§ 3 bis 6 zuwiderhandelt oder die Liste zum Zwecke der geschäftlichen Werbung abdruckt oder veröffentlicht, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft. Wird die Tat fahrlässig begangen, so ist auf Geldstrafe zu erkennen.

(2) Macht der Erziehungsberechtigte, der gesetzliche Vertreter oder ein Jugendlicher eine Schrift, die den Beschränkungen der

§§ 3 bis 6 unterliegt, einem Jugendlichen zugänglich, so bleibt die Tat straflos. Das Gericht kann von einer Bestrafung nach Absatz 1 absehen, wenn der Täter, der die Schrift einem Jugendlichen zugänglich gemacht hat, dem in § 52 Abs. 1 der Strafprozeßordnung genannten Personenkreis angehört.

(3) Neben der Strafe ist bei vorsätzlicher Zuwiderhandlung auf Einziehung der zur Begehung der Tat gebrauchten oder bestimmten Schriften zu erkennen. Gehört die Schrift weder dem Täter noch einem Teilnehmer, so ist die Einziehung nur zulässig, wenn der Eigentümer die Tat kannte oder kennen mußte oder von ihr einen Vorteil gehabt hat, dessen Zusammenhang mit der Tat ihm erkennbar war. Auf die Einziehung kann selbständig erkannt werden, wenn die Verfolgung oder Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar ist.

(4) Hat ein Jugendlicher eine Schrift, die den Beschränkungen der §§ 3 bis 6 unterliegt, einem anderen Jugendlichen zugänglich gemacht, so leitet das Jugendamt die auf Grund der bestehenden Vorschriften zulässigen Maßnahmen ein. Der Vormundschaftsrichter kann auf Antrag des Jugendamtes oder von Amts wegen Weisungen erteilen.

SIEBENTER ABSCHNITT

Schlußvorschriften

§ 29

Das Gesetz des Landes Rheinland-Pfalz zum Schutz der Jugend vor Schmutz und Schund vom 12. Oktober 1949 (GVBl. S. 505) tritt mit Ausnahme des § 8 Abs. 2 sowie der hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen außer Kraft.

§ 30

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates das Verfahren der Bundesprüfstelle und der Landesprüfstellen näher zu regeln.

§ 31

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe der §§ 13 und 14 des Gesetzes über die Stellung des Landes Berlin im Finanzsystem des Bundes (Drittes Überleitungsgesetz) vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Berlin (West).

§ 32

Dieses Gesetz tritt vier Wochen nach seiner Verkündung in Kraft.